



AUS DEM STADTRAT

Eine Flatrate für Bus und Bahn: Über die Möglichkeiten der zukünftigen Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs

Die Städte erleiden einen Verkehrskollaps, der Verkehr staut sich, Parkplätze werden knapp, Umweltbelastungen wie Lärm und Abgase nehmen zu. Auf der anderen Seite ist der öffentliche Personennahverkehr durch Verspätungen und Ausfälle unattraktiv. Eine Möglichkeit, den Verkehr aus den Städten zu verbannen, ist die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer des Nahverkehrs zu erhöhen. Dies funktioniert nur mit einer ausreichenden Finanzierung. Aber wie kann diese in der Zukunft aussehen?

Unter dem Titel „Fahrscheinfreier ÖPNV, ‚Bürgerticket‘ & Co.“ hatten die Stadtratsfrakti-

onen Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE/ Gartenpartei zum Dialog über eine zukünftige Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs ins Magdeburger Rathaus eingeladen. Dabei wurde das große Interesse an diesem Thema offensichtlich unterschätzt, sodass 60 Besucherinnen und Besucher den Veranstaltungsraum komplett ausfüllten. Darüber hinaus informierten sich 20 Menschen per Livestream.

Als Gesprächspartner standen Dr. Jürgen Gies vom Institut für Urbanistik in Berlin, Steffen Tippach (Bereichsleiter Marketing und Strategie der Leipziger Verkehrs-

betriebe), Birgit Münster-Rendel (Geschäftsführerin der MVB), Werner Faber (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) sowie Matthias Bärwolff, Aufsichtsratsvorsitzender der EVAG Erfurt und Fraktionsvorsitzender DIE LINKE in Erfurt, zur Verfügung. Eine Idee zur zukünftigen Finanzierung ist der fahrscheinlose ÖPNV. Das bedeutet, dass der umweltfreundliche Öffentliche Nahverkehr als Daseinsvorsorge von allen solidarisch finanziert werden und fahrscheinlos zur Verfügung stehen soll. Vorbild ist dabei das Semesterticket, bei dem alle Studierenden, unabhängig davon, ob sie selbst den ÖPNV nutzen, in vielen Kommunen, wie z.B. auch in Magdeburg, mit ihren Pflichtbeiträgen ein Semesterticket finanzieren.

Beispiele für eine entsprechende Abgabe gibt es in der ganzen Welt: kleine Städte, wie z.B. Templin in Brandenburg mit 17.000 Einwohnern, Hasselt in Belgien (70.000 Einw.), Aubagne in Frankreich

(70.000 Einw.), Aubagne in Frankreich

Beispiele für eine entsprechende Abgabe gibt es in der ganzen Welt: kleine Städte, wie z.B. Templin in Brandenburg mit 17.000 Einwohnern, Hasselt in Belgien (70.000 Einw.), Aubagne in Frankreich

In dieser Ausgabe:

2. Engagementwerkstatt in der LH Magdeburg 2

Eine der wichtigsten Debatten im Jahr - der Haushaltsplan für 2016 3

Müntefering gratuliert zu 25 Jahre ASB in Magdeburg und Sachsen-Anhalt 5

Einweihung des Wolfgang-Emmrich-Weges in Sudenburg 6

Die Fraktion gratuliert... 6

(200.000 Einw.) gehören dazu, sowie deutlich größere: Die Hauptstadt von Estland Tallinn (500.000 Einw.) aber auch Chengdu in China mit 17 Mio. Einwohnern. Im Einführungsreferat plädierte Matthias Bärwolff aus Erfurt offensiv und überzeugend für die Einführung einer Verkehrsabgabe. Nach seinem Modell sollen mit wenigen Ausnahmen alle volljährigen Einwohner Berechnungen zufolge nicht mehr als 20 € pro Monat beitragen. Dabei sind bei der praktischen Umsetzung jedoch noch viele Fragen offen. So ist die Einbindung anderer Tarifsysteme, z.B. für Pendler aus dem Umland, noch ungeklärt. Auch die Lenkungswirkung der Verkehrsströme, bisher unter anderem erreicht durch die 9-Uhr-Monatskarte, wird sich dann schwieriger gestalten. Um die zu erwartende Mehraufkommen an Fahrgästen zu



Fraktionsvorsitzender der Stadtratsfraktion DIE LINKE. Erfurt, Matthias Bärwolff, erläutert seine Idee eines fahrscheinlosen ÖPNV-Angebotes, das alle BürgerInnen nutzen können

befördern, müssen mehr Züge auf den Schienen fahren, was nicht nur mehr Kosten, sondern auch logistische Probleme mit sich bringt. Dies wurde auch von der Geschäftsführerin der MVB, Birgit Münster-Rendel, deutlich gemacht. Die derzeitige Infrastruktur des Straßenbahnnetzes gibt dies nicht her, sodass

vorher in den Ausbau der Infrastruktur investiert werden muss. Der Ausbau ist auch das Ziel des Verkehrsentwicklungsplans 30+. Es sollen mehr Menschen dazu bewegt werden, vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen. Während der Diskussion gab es verschiedene Vorstellungen, wie die fehlenden Gelder zukünftig aufgebracht werden können.

Die Spannweite reichte von einem Pflichtbeitrag für jeden Haushalt oder jedem Einwohner, wie beim Rundfunkbeitrag, über eine Reform der Grundsteuer, einer Abgabe für Unternehmen oder einer ausschließlichen Finanzierung aus Steuern. Aber auch andere Personengruppen, die direkt oder indirekt vom ÖPNV-Angebot profitieren, sei es als Innenstadtkunden, Touristen und Einpendler, könnten an den Betriebskosten des ÖPNV beteiligt werden. Daher muss auch über eine ÖPNV-Abgabe für Gäste, sowie eine Attraktivitätssteigerung, unter anderem durch Car-Sharing und „Park and Ride“, geredet werden.

Alle Experten auf dem Podium waren sich aber einig, dass der ÖPNV als

Daseinsvorsorge und zur Erhaltung gesunder Arbeits- und Lebensbedingungen auch zukünftig mehr Geld benötigen wird. Diese Mehraufwendungen werden nicht durch weitere Fahrpreiserhöhungen ausgeglichen werden können.

Die Podiumsdiskussion war erst der Auftakt eines Dialoges zur zukünftigen Finanzierung des ÖPNV. Der Austausch mit allen Beteiligten, insbesondere auch den Einwohnerinnen und Einwohnern Magdeburgs, muss in Zukunft fortgesetzt werden.

Dennis Jannack
Stadtrat



Gut besucht: Bei der gemeinsamen Veranstaltung der Fraktionen DIE LINKE/Gartenpartei und Bündnis 90/Die Grünen blieb kein Sitzplatz leer



2. Engagementwerkstatt in der Landeshauptstadt Magdeburg

Am 13.10.2015 trafen sich erneut etwa 50 Vertreter/innen aus Initiativen, Organisationen, Stadtrat und Stadtverwaltung im einewelt haus, um über Möglichkeiten und Chancen ehrenamtlicher Arbeit für Flüchtlinge, Asylsuchende und schutzbedürftige Menschen zu diskutieren. Vieles hat sich seit der ersten Veranstaltung im März getan, aber es wurde auch deutlich, wo Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft überwunden werden müssen. Besonders mit der Gründung

der Willkommenbündnisse in einigen Stadtteilen (Olvenstedt, Stadtfeld, Südost usw.) hat sich die ehrenamtliche Arbeit eigene Strukturen gegeben. Sie wurden nun während der 2. Werkstatt als ein wertvolles Element zivilgesellschaftlichen Engagements wahrgenommen, die in ihrer Unterstützungsfunktion vor Ort gestärkt und unterstützt werden müssen.

Dabei machte ich deutlich, dass nach der erfolgten Unterbringung der Menschen erst die eigentliche Aufgabe der Integration beginne. Eine wichtige Rolle können hierbei unter anderem

die GWA-Gruppen übernehmen, die sich ja eigentlich für die Weiterentwicklung ihrer Stadtteile engagieren. Zu den vielen von den GWA-Gruppen in dieser Stadt organisierten BürgerInnenfesten sollte man gezielt die neuen MitbewohnerInnen einladen, damit diese nicht ausgeschlossen werden. Auch die Chancen und Notwendigkeiten für eine gelungene Integration in den Bereichen der Sport- und Freizeitvereine, wurden von allen Beteiligten betont. Dafür müssen schnellstens die Voraussetzungen geschaffen werden. Es ist nämlich beispiels-

weise nicht so einfach, eine Spielerlaubnis oder ähnliches zu erhalten. Eine Vereinfachung des Verfahrens wäre hier für alle von Vorteil. In der festen Überzeugung die gesamte Situation positiv zu meistern, endete die Veranstaltung mit einer großen Sammlung an Ideen und Wünschen.

René Hempel
Stadtrat



Eine der wichtigsten Debatten im Jahr - der Haushaltsplan für 2016

Es ist wieder soweit. Am 7. Dezember trifft sich der Stadtrat zu einer der bewegendsten Beratungen des Jahres: Der Beschluss des Haushaltsplanes für 2016. Wie in jedem Jahr, stellen die Fraktionen und StadträtInnen - unter anderem von Bürgergesprächen in GWA Bürgerorganisationen inspiriert - Änderungsanträge um die Belange der Magdeburger in diesem Haushaltsplan optimal vertreten zu sehen. Auch unsere Fraktion war wieder fleißig und bringt zu den unterschiedlichsten Bereichen Änderungsanträge ein.

[Hier ein Überblick:](#)

Planungsmittel Neubau Grundschulen: Mit dem interfraktionellen Antrag A0137/15 hat sich der Stadtrat fraktionsübergreifend im Zusammenhang mit der Überarbeitung der Schulentwicklungsplanung für die Prüfung von Schulneubauten unter anderem in den Stadtteilen Stadtfeld-Ost und Ottersleben ausgesprochen. Für die Planungen zur Errichtung zweier neuer Grundschulen sollen die entsprechenden Mittel in den Haushalt 2016 eingestellt werden. (Interfraktioneller Änderungsantrag mit CDU/FDP/BfM, SPD-Stadtratsfraktion, Bündnis 90/Die Grünen und Einzelstadtrat Oliver Wendenkampf.)

Förderung der AIDS-Hilfe: Seit Januar 2015 verzeichnet die AIDS-Hilfe einen überproportionalen Zuwachs an HIV positiven KlientInnen.

Die AIDS-Hilfe hat mit dem in diesem Haushaltsjahr beantragten Mitteln bereits ihr Beratungsangebot erweitert, dennoch ist dies dem aktuellen Bedarf nicht angemessen. Die AIDS-Hilfe braucht 17.500,00 Euro mehr für die personelle Sicherstellung einer angemessenen Beratung sowie für Sachkosten. Die Förderung der AIDS-Hilfe soll um 17.500,00 Euro aufgestockt werden. (Interfraktioneller Änderungsantrag mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen.)

Radverkehrsbeauftragte/r: Die Belange des Fahrradverkehrs sollten auch in Magdeburg durch eine/n gesonderte/n Radverkehrsbeauftragte/n - am besten direkt angegliedert beim Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr - vertreten werden. Mit dem Anwachsen des Radverkehrs, insbesondere der Zunahme von Pedelecs und E-Bikes sind die Planungsanforderungen weiter gestiegen. Der Radverkehrsbeauftragte sollte allen Bürgern, Gewerbetreibenden und Interessenvertretern des Radverkehrs als direkter Ansprechpartner innerhalb der Stadtverwaltung zur Verfügung stehen. Zu den Aufgaben sollten die Geschäftsführung der Arbeitsgruppe Radverkehr, die Koordinierung von Fahrradaktivitäten, die Öffentlichkeitsarbeit für Radverkehr, Planungen zum Radverkehr und die Gegenzeichnung sämtlicher Straßenneu- und -umbauten gehören. Um der zunehmenden Bedeutung des Radverkehrs in Magdeburg angemessen Rechnung zu tragen, wird

der Oberbürgermeister beauftragt, beim Baudezernat die Vollzeitstelle eines Radverkehrsbeauftragten zu schaffen. (Interfraktioneller Änderungsantrag mit Bündnis 90/Die Grünen.)

Erhöhung der Förderung der Offenen Treffs: Es ist unumstritten, dass die zehn Offenen Treffs als Basis der Infrastruktur für die wachsende Anzahl der Senioren/innen in Magdeburg eine wichtige Rolle spielen. Auf Grund der Entwicklungen der Miet- und Betriebskosten können die Träger, mit den seit Jahren fast gleichgebliebenen Zuwendungen der Stadt, die Ausgaben nicht mehr decken. Trotz vielfältiger Anstrengungen seitens der Träger der Offenen Treffs kann das Defizit an Finanzmitteln nicht ohne weitere Unterstützung durch die Stadt ausgeglichen werden. Der Oberbürgermeister wird demzufolge beauftragt, zur Sicherung der bestehenden 10 Offenen Treffs (im Rahmen der beschlossenen Konzeption „Abgestuftes System der Alten- und Service-Zentren und Offenen Treffs“) die Fördersumme des Jahres 2015 von 157.000,00€ auf 200.000,00€ zu erhöhen. (Interfraktioneller Änderungsantrag mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen.)

Aufstockung des GWA-Initiativfonds: Vor dem Hintergrund, dass nach über 15 Jahren Gemeinwesenarbeit sich nicht nur die Aufgaben und deren Inhalte in den verschiedenen Stadtteilen ändern und zumeist

wachsen und insbesondere die aktuelle weltpolitische Lage uns dazu veranlasst, vielen bislang fremden Menschen Hilfe und Unterstützung für eine neue Heimat zu bieten und sie erfolgreich in unsere Stadtgesellschaft zu integrieren, wofür sich dankenswerterweise schon einige Willkommensbündnisse gebildet haben, die es ebenso zu fördern gilt, sowie nicht zuletzt mit Blick auf die künftige Sicherung der Vielfalt der das Gemeinwesen aktivierenden und stärkenden Projekte und Aktionen in der LH Magdeburg überhaupt hält die Fraktion DIE LINKE/Gartenpartei diese moderate Anpassung des GWA-Initiativfonds - im Übrigen der ersten nach 15 Jahren - für durchaus gerechtfertigt. Um auch kurzfristig handlungsfähig zu sein ohne dabei höhere Verwaltungsakte auszulösen und gleichzeitig einerseits die ehrenamtliche Arbeit der GWA-Akteure zu stärken und ihren selbst verantworteten Handlungsspielraum zu erweitern und andererseits wichtige Arbeitszeit- und -kraft der Stadtverwaltung einzusparen, wird ebenfalls beginnend mit dem HH-Jahr 2016 als eine weitere vertrauensbildende Maßnahme, die die Wichtigkeit und Würdigung ehrenamtlichen Engagements unterstreicht, ein Sofort-Verfügungsfonds (ähnlich der bereits von Stadtrat und Stadt-

verwaltung bestätigten Maßnahme aus dem Handlungskatalog des Programms Aktive Stadt- und Ortsteilzentren/ASO) für jede GWA-Gruppe eingerichtet. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, a) beginnend mit dem HH-Jahr 2016 den GWA-Initiativfonds auf 70.000 EUR zu erhöhen und entsprechend in den Haushaltsplan einzustellen und b) davon 500 EURO je GWA-Gruppe in Form eines (Sofort-)Verfügungsfonds zur Realisierung von Kleinvorhaben auf Grundlage demokratisch gefasster Beschlüsse der jeweiligen GWA-Gruppe, die ohne besondere Beachtung von Terminvorgaben sondern lediglich durch Anzeigen und inhaltlicher Kurzbeschreibung der Maßnahme/des Projekts bei der zuständigen städtischen Koordinierungsstelle nach erfolgter Rechnungslegung abgerufen werden können, zur Verfügung zu stellen.

Erweiterung des bisherigen Angebotes der Stadtbibliothek: Aufgrund der steigenden Anzahl von Geflüchteten steigt auch die Nachfrage nach Bildung durch diese. Die Stadtbibliothek kann bereits mit Angeboten an englisch- und französischsprachiger Literatur aufwarten, an vielen anderen Sprachen mangelt es jedoch. Ebenso steht es um ein Angebot an Literatur in einfacher Sprache mit Erklärungen zu schwierigen Wörtern. Eine Erweiterung des bisherigen Angebotes um diese Literatur fördert unserer

Meinung nach sowohl die Selbstbildung geflüchteter Menschen, als auch die Offenheit und das Interesse der Bürgerinnen und Bürger, andere Sprachen zu erlernen. All dies ist einer besseren Integration und einer höheren Toleranz der Bevölkerung und damit mehr Weltoffenheit äußerst zuträglich. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtbibliothek Magdeburg im Jahr 2016 zusätzliche Mittel in Höhe von 8000 € zur Erweiterung des bisherigen Angebotes an fremdsprachiger Literatur und deutscher Literatur in einfacher Sprache zur Verfügung zu stellen.

Eine weitere zusätzliche Lehrkraft Volkshochschule: Wachsende Aufgaben im Kontext der weltpolitischen Lage, insbesondere im Bereich der Sprachausbildung im Bereich Deutsch als Fremd-/Zweitsprache (DaF/DaZ), müssen mit einem Stellenaufwuchs Rechnung getragen werden, auf dem auch der aktuelle Jahresbericht der Volkshochschule hinweist, der unlängst im Beirat der Volkshochschule vorgestellt wurde. In den Stellenplan 2016 wird zusätzlich folgende Stelle (zunächst befristet auf zwei Jahre) aufgenommen: mmmmmmm 1 (VZÄ/Vollzeit-)Stelle Lehrkraft Deutsch im Bereich der Volkshochschule (Eingruppierung analog der anderen Lehrkraftstellen)

Akustisch signalisierte Lichtsignalanlagen: Im Jahresbericht 2014 des Behindertenbeauftragten wird ausgeführt: „Ende des Jahres 2014 waren 104 von 235 Ampeln an

Kreuzungen und Übergängen mit Signalen für Blinde und Sehbehinderte ausgestattet. Auch die nach der DIN 32981 vorgesehene automatische Lautstärkeanhebung der Orientierungssignale (Tackergeräusch) und Freigabesignale (Pieptöne) lassen in vielen Fällen zu wünschen übrig oder sind praktisch nicht hörbar. Das erschwert bei starkem Verkehr, insbesondere bei vorbeifahrenden LKW oder Spezialfahrzeugen sowie bei Regenwetter das Auffinden der Ampeln bzw. das Queren für Betroffene zusätzlich.“ Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die notwendigen finanziellen Mittel zur Installation mindestens zweier akustischer Lichtsignalanlagen in den Haushalt des Tiefbauamtes 2016 einzustellen.

Förderung von Steinzeitdorf in Randau und Magdeburger Technikmuseum: In seiner letztvergangenen Sitzung tagte der Bildungsausschuss nicht ohne Grund in Randau-Calenberge und besuchte u.a. das Steinzeitdorf um sich vor Ort aus erster Hand über die aktuelle Situation informieren zu lassen. Dabei musste zur Kenntnis genommen werden, dass bereits in 2015 etwa 500 Schulkindern aus der LH Magdeburg der Besuch des Steinzeitdorfes leider abgesagt werden musste, weil eine Betreuung und Führung durch die Anlage nicht abgesichert werden konnte. Ähnlich verhält es sich mit dem Technikmuseum, in dem kürzlich der Kulturausschuss tagte, welches eine weitere inhaltliche Bildungsarbeit auf dem

bekannt hohen Niveau, so zukünftig kaum mehr zulassen wird. Der Oberbürgermeister wird also beauftragt, mmmmmmm a) zu prüfen, ob und wie sowohl das Steinzeitdorf in Randau als auch das MDer Technikmuseum in der Funktion als Bildungsstätten zum Anfassenden im Rahmen von bspw. Bürgerarbeit oder MAE o.ä. durch die kommunalen Beschäftigungsgesellschaften der LH Magdeburg in 2016 in ihrem Betrieb unterstützt werden können und falls das nicht möglich ist, mmmmmmm b) jeweils einen Betrag von 10 TSD Euro zur Förderung des Trägervereins des Steinzeitdorfes in Randau bzw. des Technikmuseums in den Haushalt 2016 einzustellen, um ihm die zeitweise Gewinnung von Personal in Form von bspw. Minijobs o.ä. zu ermöglichen.

Öffentlichkeitsarbeit für Fahrradverkehr: Die Fahrrad-Aktionstage in den letzten Jahren wurden federführend vom ADFC und einem speziell dazu gegründeten Bündnis aus Organisationen, Parteien und Initiativen durchgeführt. Mit einem großen Stand und viel Engagement beteiligte sich das Stadtplanungsamt am diesjährigen Fahrrad-Aktionstag. Erstmals wurden von der Stadt Flyer gedruckt, die auf das alltägliche Radfahren in der Stadt Bezug nahmen und nicht nur auf radtouristische Inhalte beschränkt waren. Diese Bemühungen sind zu verstetigen und auszubauen. Es sollten daher mehr Mittel bereitgestellt werden, um an Kampagnen teilzunehmen, die sowohl die Attraktivität und die Vorteile des Radfahrens

in den Mittelpunkt stellen, als auch die Regeln für ein gemeinsames Miteinander im Straßenverkehr zu kommunizieren. Zur Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung des Radverkehrs, insbesondere zur Unterstützung des jährlichen Fahrrad-Aktionstages sollen zur Verwendung durch das Stadtplanungsamt und das Umweltamt jeweils Mittel in Höhe von 2.000,- €, insgesamt somit 4.000,00 €, im Haushalt 2016 eingestellt werden. *(Interfraktioneller Änderungsantrag mit Bündnis 90/Die Grünen.)*

Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof: Mit der unerträglichen und unzureichenden Situation der Fahrradabstellanlagen am Hauptbahnhof hat sich der Stadtrat in den letzten Wochen des Öfteren beschäftigt. Beim Fahrrad-Aktionstag im Juni hat das City Carré Magdeburg dem Oberbürgermeister Räumlichkeiten von mehreren hundert Quadratmetern in der Straße „Am Alten Theater“ zur Einrichtung eines Fahrradparkhauses angeboten. Dazu ist unter Einbeziehung der NASA GmbH, der Deutschen Bahn, des Marego, des ADFC und ggf. auch des

Jobcenters eine Konzeption für den dauerhaften Betrieb einer solchen Einrichtung zu erarbeiten. Es wird davon ausgegangen, dass, auch wenn seitens des City Carré keine Mietkosten berechnet werden, der Betrieb eines solchen Fahrradparkhauses nur bei Erhebung eines Nutzungsentgeltes realisierbar ist. Zur Ausarbeitung eines solchen betriebswirtschaftlichen Konzeptes sollte, ähnlich dem Konzept für den Fernbusverkehr am ZOB, ein fachlich geeignetes externes Büro beauftragt werden. Die Kosten werden mit netto 5.000 € veranschlagt. Im Hinblick auf die Notwendigkeit sicherer und ausreichender Abstellanlagen für Fahrräder wird der Oberbürgermeister beauftragt, ein Konzept zur Einrichtung und zum Betrieb eines Fahrradparkhauses erstellen zu lassen. *(Interfraktioneller Änderungsantrag mit CDU/FDP/BfM, SPD und Bündnis 90/Die Grünen.)*

Förderung der Radverkehrsinfrastruktur / Nationaler Radverkehrsplan: Die im In-

vestitionshaushalt für das HH-Jahr 2016 eingestellten Mittel in Höhe von 480 TSD EURO zur LED-Umrüstung MDer Ring werden statt dessen entsprechend des Nationalen Radverkehrsplanes der Bundesrepublik für die Förderung der Radverkehrsinfrastruktur eingesetzt. *(Interfraktioneller Änderungsantrag mit Bündnis 90/Die Grünen.)*

Radfahr- und Schutzstreifen: Viele Radfahrende fühlen sich beim Benutzen der Fahrbahn subjektiv unsicher, vor allem bei starkem Autoverkehr. Deswegen wird im Nationalen Radverkehrsplan entsprechend der ERA 2010 empfohlen verstärkt Radfahrstreifen und Schutzstreifen für den Radverkehr auf der Fahrbahn zu markieren. Für Autofahrer wird es damit leichter, sich darauf einzustellen und an den Kreuzungen Platz für vorbeifahrende Fahrräder zu lassen. Sehen und gesehen werden, dass erhöht die Sicherheit. Radfahrstreifen und Schutzstreifen haben sich bewährt und ermöglichen es vergleichsweise sehr kostengünstig, bestehende Straßen radfahrfreundlicher zu machen. Für die Markierung von Radfahrstreifen und Schutzstreifen für Radfahrer sind 30.000 € in

den Haushalt 2016 einzustellen. *(Interfraktioneller Änderungsantrag mit Bündnis 90/Die Grünen.)*

Bürgerpark Neu Reform: Planungskosten für Gesamtkonzept: Die Verwaltung befürwortet in ihrer o.g. Stellungnahme die Idee eines Bürgerparks in Neu Reform und empfiehlt hierzu die Einstellung der notwendigen Planungskosten in den Haushalt 2016. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die lt. Stellungnahme S0258/15 erforderlichen Planungskosten von 12.500 Euro in den Haushalt 2016 einzustellen.

Zur Haushaltsberatung am 7. Dezember wird der finanzpolitische Sprecher der Fraktion, Chris Scheunchen, eine Haushaltsrede vorbereiten.

Janine Schmidt
Fraktionsassistentin

Müntefering gratuliert zu 25 Jahren ASB in Magdeburg und Sachsen-Anhalt

Große Freude herrschte unlängst im Maritim-Hotel beim offiziellen Festakt zu 25 Jahren Arbeiter-Samariter-Bund in Sachsen-Anhalt und Magdeburg. Neben Sozialminister Norbert Bischoff gratulierte auch ASB-Ehrenpräsident Franz Müntefering (li.) Vertretern von Landesvorstand wie Elke Lippelt (li) und Regionalvorstand wie Oliver Müller (re) sowie Geschäfts-

führerin Antje Ruddat (3. v. li) und Heimleitern Elke Seeger zur 25jährigen Erfolgsgeschichte. Ausgezeichnet für ihr 25jähriges unermüdliches Engagement im Bereich der Erste-Hilfe-Ausbildung wurde Christiane Mohs-Käferstein (3. v. re). (Foto: N. Bosold)



Einweihung des Wolfgang-Emmrich-Weges in Sudenburg



Zurückzuführen auf einen Antrag unserer Fraktion, wurde am 16.11.15 feierlich der Wolfgang-Emmrich-Weg sowie das neue Straßenschild inklusive Zusatzschild in der Brunnersiedlung eingeweiht.

Dr. Tröger (Otto von Guericke Gesellschaft) und Prof. Puhle (Kulturbeigeordneter) erläuterten den Werdegang des Magdeburger Schauspielers und Sängers, der am Sonntag seinen ersten Todestag hatte. Bekannt wurde er vor allem durch seine Rolle als Otto von Guericke, die er zwanzig Jahre für die gleichnamige Gesellschaft spielte und somit Guericke und die Stadt Magdeburg weltweit, insbesondere durch seine Moderation des Halbkugelversuches, bekannt machte. Der gebürtige Dresdner wohnte Zeit seines Lebens im Stadtteil Sudenburg, genauer gesagt in der Brunnersiedlung. Demzufolge

Herausgeber:

Fraktion DIE LINKE/
Gartenpartei im Stadtrat
der Landeshauptstadt
Magdeburg

V.i.S.d.P.:

Oliver Müller,
Fraktionsgeschäftsführer
Redaktion: Janine
Schmidt,
Fraktionsassistentin

Adresse:

Alter Markt 6
39104 Magdeburg
Telefon: 0391-540 2226
Fax: 0391-540 2529
E-Mail: DIELINKE.Fraktion@magdeburg.de
Internetseite:
www.dielinke-magdeburg.de/stadtratsfraktion

Fraktionstermine im November/Dezember 2015:

30.11.2015, 17:00 Uhr
Fraktionsberatung,
Altes Rathaus, Raum 340

03.12.2015, 14:00 Uhr
Stadtratsberatung,
Altes Rathaus, Ratssaal

07.12.2015, 16 Uhr
Stadtratsberatung zum
Haushaltsplan für 2016,
Altes Rathaus, Ratssaal

**Senden Sie uns eine
E-Mail und wir schicken
Ihnen die Zeitung im
PDF-Format zu!**

stellte Stadtrat Oliver Müller bereits im Januar diesen Jahres den Antrag, einen Weg in eben dieser Siedlung nach Emmrich zu benennen. Anlässlich der feierlichen Einweihung, an der auch viel Anwohner und Nachbarn teilnahmen, sprach auch Emmrichs Sohn, Ingbert Emmrich, seinen Dank für diese Initiative und der damit verbundenen Bewahrung des Andenkens an Wolfgang Emmrich aus.

Janine Schmidt
Fraktionsassistentin
(Fotos: J. Schmidt)



Bei der Einweihung des Wolfgang-Emmrich-Weges: Dr. Manfred Tröger, Prof. Mathias Tullner, Dirk Müller, Emmrich-Enkel Ralph Emmrich, Schwiegertochter Ilona Emmrich, Sohn Ingbert Emmrich, Prof. Matthias Puhle (v.l.) und Stadtrat Oliver Müller auf der Leiter

DIE LINKE/Gartenpartei beim ersten Spatenstich des Neubaus der Seniorenresidenz der Wohnen und Pflegen gGmbH Reform am 30.10.2015, in der Juri-Gagarin-Straße.

Von links nach rechts: Stadträtin und Mitglied im Aufsichtsrat WuP Helga Boeck, zwei Vertreter des Planungsbüros IGB Konzept Weimar, Norbert Lendrich, Geschäftsführer WuP, und Stadträtin Monika Zimmer, ebenfalls Mitglied im Aufsichtsrat WuP



Die Fraktion gratuliert...

Stadtrat und finanzpolitischer Sprecher Chris Scheunchen wurde am 25.10. fünfundzwanzig Jahre alt und ist das jüngste Fraktionsmitglied. Fraktionsvorsitzender Frank Theile beglückwünschte Stadtrat Scheunchen im Namen der Fraktion.

Janine Schmidt
Fraktionsassistentin
(Foto: J. Schmidt)



Frank Theile überreicht Stadtrat Chris Scheunchen einen Blumengruß im Namen der Fraktion